

19. März), ja die Sowjetintervention wünschten (*S. Olaszowski* und *T. Grabski* waren bereit, das Hilfesuch zu erlassen) – womöglich auch zum Preis eines neuen kalten Krieges als Voraussetzung für das von ihnen erstrebte Regime der „belagerten Festung“. Oder ist die auf den ersten Blick so unwahrscheinliche These des italienischen Verteidigungsministeriums plausibler, daß der KGB (und damit Andropow) im Tod des Papstes, den sowjetische Konservative fast schon als *Vater der Solidarność* betrachteten, ein Mittel gesehen hatte, eine bereits vorbereitete Militärintervention zu verhindern, zumal die Fahrte der Täter in die Türkei und die Welt des Islam verwiesen hätte? Die Rechtfertigung der *Pravda* vom 5. Januar 1983, alles sei das Werk der CIA gewesen, befriedigt schwerlich. Findet die Sowjetunion keine bessere Erklärung, wird ihr Regime und damit der neue erste Mann – ein Mann, der in den sechziger Jahren einmal eingesetzt worden war, um den KGB zu „zähmen“ (der seinerzeit versuchte, mit Attentaten Chruschtschows *Détente* zu torpedieren) – im Zwielficht bleiben. Würde sich die Verantwortung des sowjetischen Geheimdienstes herausstellen, wären die Folgen unübersehbar, und weitere Attentate (auf Ronald Reagan, Aldo Moro, Anwar Al Sadat usw.) müßten möglicherweise neu durchleuchtet werden.

Der „Konflikt der Systeme“ bleibt

Andropow wurde nicht zuletzt gewählt, weil er sowohl „Konservative“ als auch „Modernisten“ zu befriedigen versprach. Er selbst hat sich als „Modernist“ gegeben. Er weiß aber auch, daß die Partei die *Schlüsselinstitution* des Sowjetregimes ist und damit der „Konflikt der Systeme“ unabänderlich bleibt. Einstweilen scheint die Entwicklung auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner stehengeblieben zu sein: Mehr „Disziplin“ als scheinbar ökonomischstes Mittel zur Anhebung der Leistungen. „Wir versuchen, die beste Lösung im Rahmen des kollektiven Eigentums zu finden“, erklärte der angeblich Andropow nahestehende A. Bowin (vgl. *International Herald Tribune*, 2. 8. 82). Doch hier liegt die *crux*: Die Kräfte der Reform haben *keine institutionelle Basis*, die etablierten Institutionen kein Interesse an Reformen. Denn daß Andro-

pow den Polizeiapparat zur Triebkraft der Modernisierung machen kann, scheint unwahrscheinlich.

Jurij Andropow ist kein Liberaler im westlichen Sinne und kann das gar nicht sein. Für jeden sowjetischen Parteichef muß die Erhaltung des – wesensmäßig antiliberalen – Systems das A und O seiner Politik bleiben. Doch es gibt eine gewissermaßen „sekundäre“ Marge, *wie* das am besten zu geschehen habe, und hierbei verspricht Andropow einen offenbar „aufgeklärteren“ Autoritarismus. Der Umstand, daß man in den letzten Wochen zwar bereits viel von der erwarteten Strenge, aber wenig von der erhofften Intelligenz gesehen hat, wie Roy Medwedew sarkastisch bemerkte, muß noch nicht das Ende vom Weg sein. Im Gegensatz zu amerikanischen Präsidenten, die ihre Hauptinnovationen zu Beginn ihrer Amtszeit durchzuführen pflegen, muß ein sowjetischer Parteichef seine Macht erst konsolidieren. Dazu brauchte er in der Vergangenheit etwa fünf Jahre. Andropow ist 68, beinahe zehn Jahre älter als seine beiden Vorgänger bei ihrem Amtsantritt, hat also weniger Zeit, was ihn zur Eile antreiben dürfte. Ihm käme wohl auch zugute, daß nichts der Zentralisierung der Entscheidungsfindung so dienlich ist wie eine Krise. Im übrigen aber weiß gerade ein ehemaliger Geheimdienstchef, was *Alexis de Tocqueville* betont hat: Der eigentlich kritische Augenblick in der Geschichte eines autoritären und ineffizienten Regimes tritt dann ein, wenn es sich reformieren muß ... *Astrid von Borcke*

Literatur:

Eine brillante Analyse der heutigen Situation der Sowjetunion ist der Vortrag von *Richard Pipes*, *Die Sowjetunion in der Krise*. Amerika-Dienst, United States Information Service, Embassy of the United States of America, Postfach 200300, 5300 Bonn 2, 14. 10. 1982, 19 S.

Ausgezeichnet ist der von *Seweryn Bialer* herausgegebene Sammelband, *The Domestic Context of Soviet Foreign Policy*. Boulder, Colorado: Westview Press; London, England, Croom Helm, 1981. XVIII, 441 S.

Zur sowjetischen Sicherheitspolitik und den Partei-Militär-Beziehungen vgl. den Aufsatz der Verfasserin, „Kapazitäten“, „Intentionen“ und politischer Prozeß. Bestimmungsfaktoren der sowjetischen Sicherheits- und Rüstungspolitik. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1983 (im Druck).

Selbsthilfe als Alternative

Ein Gespräch mit dem Berliner Sozialsenator Ulf Fink

Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie in Berlin, Ulf Fink, hat als einer der ganz wenigen Sozialpolitiker christlich-demokratischer Regierungen seit seinem Amtsantritt versucht, vor allem im Bereich der Sozialhilfe mit der Alternativen Szene der Stadt ins Gespräch zu kommen und deren Selbsthilfeprojekte auch finanziell zu fördern. Das Gespräch, das wir hier veröffentlichen, kreist um die Frage, inwieweit Selbsthilfeorganisationen der Alternativen Bewegung ein entwickelbarer Ansatz für eine stärker am einzelnen orientierten Sozialpolitik sein können. Zum gleichen Thema

ausführlicher äußert sich Senator Fink in einem Herder-Taschenbuch, das unter dem Titel „Keine Angst vor Alternativen. Ein Minister wagt sich in die Szene“ im Spätsommer 1983 erscheinen wird. Die Fragen stellten Ulrich Ruh und David Seeber.

HK: Herr Senator Fink, die Alternative Szene hat sich als eine Form von Subkultur in den letzten Jahren stark ausgebreitet. Sie in Berlin sind nicht nur in besonderer Weise davon betroffen, sondern haben, seitdem Sie an der Re-

gierung sind, begonnen, Projekte aus dieser Szene, vor allem soweit es sich dabei um solche der Selbsthilfe handelt, durch Zuwendungen der öffentlichen Hand gezielt zu fördern. Was versprechen Sie sich davon?

Fink: Ich bin von meiner früheren Parteitätigkeit her sehr stark beeinflusst durch die Grundsatzprogrammdiskussion innerhalb der CDU, die u. a. zur Entwicklung der Neuen Sozialen Frage geführt hat. Einer der für mich wichtigsten Punkte aus dieser Diskussion war die Erkenntnis, daß wir trotz immer weiter steigender finanzieller Mittel im Sozialsektor immer weniger Erfolge haben erzielen können. Trotz des ständig ausgeweiteten Sozial-etats haben wir vor allem im sozialen und zwischenmenschlichen Bereich keine Verringerung, sondern eine Vergrößerung der Probleme feststellen können.

„Nur bei Vorrang der kleinen vor der großen Einheit können neue Probleme gelöst werden“

HK: Meinen Sie damit keine Erfolge in dem Sinne, daß Sie an Notstände, die des sozialen Sukkurses bedürfen, über die vorhandenen Leistungssysteme gar nicht herankommen?

Fink: Wir haben in großen Bereichen insbesondere die immateriellen Probleme in keiner Weise mehr erreichen können, z. B. Notlagen wegen psychischer Erkrankung oder Isolation. In diesem Zusammenhang war für mich einer der wesentlichen Punkte die Wiederentdeckung des Subsidiaritätsprinzips. Nur bei konsequentem Vorrang der kleinen vor der großen Einheit können die zum Teil neu entstandenen Probleme besser als bisher gelöst werden. Die Situation, die ich in Berlin antraf, hat sich, das war für mich besonders interessant, weitgehend mit diesen Überlegungen gedeckt ...

HK: Was rechtfertigt nach Ihren Erfahrungen gerade innerhalb der Berliner Alternativen Szene eine gezielte Projektförderung durch öffentliche Gelder? Wollen Sie damit einfach eine Subkultur nicht sich selbst überlassen, oder sehen Sie in dieser Szene eine grundlegend neue Entwicklung zu konstruktiven Formen der Selbsthilfe?

Fink: Es gibt in Berlin traditionell eine ganze Reihe kleinerer, nach dem Selbsthilfemodell organisierter Projekte wirtschaftlicher, sozialer, lebenshilflicher und gesundheitlicher Art: Frauenprojekte, Ausländerprojekte und dergleichen mehr. Die Alternative Szene konnte darauf aufbauen und hat auf jeden Fall zur Vervielfältigung solcher Projekte beigetragen. Nach einer Untersuchung der Freien Universität Berlin gibt es gegenwärtig rund 1500 solcher Projekte, in denen 10 000 bis 15 000 vor allem junge Leute arbeiten.

HK: Aber es handelt sich dabei um recht unterschiedliche Unternehmungen von Aktionsgemeinschaften zur Behebung oder zum Erträglichmachen wirklicher Notlagen bis

zur Vertretung sehr partikulärer Interessen von Gruppen der Behindertenarbeit und Frauenkreisen bis zu Homotreffs ...

Fink: Natürlich gibt es Projekte, deren Sinnhaftigkeit weniger einleuchtet. Aber es gibt andere, deren Sinnhaftigkeit sehr wohl einleuchtet. Letztere liegen, wenn ich einmal den Gesundheitsbereich herausgreifen darf, insbesondere im Bereich der Prävention, in Aktivitäten gegen Alkohol- und Drogenmißbrauch; sie liegen insbesondere im Bereich des Zusammenlebens mit psychisch Kranken. Wir mußten vielfach die Erfahrung machen, daß eine Einweisung in eine Landesnervenklinik nur geringe Chancen einer Heilung bringt. Sie liegen insbesondere auch im Bereich der chronischen Erkrankungen, es geht vor allem um pflegebedürftige Menschen; darunter gerade um solche, die unter unheilbaren Krankheiten leiden. Das traditionelle Gesundheitssystem hat da nur geringe Möglichkeiten: Selbsthilfegruppen haben eine wichtige ergänzende Funktion.

HK: Werden auf diesem Wege aber auch wirklich Hilfsbedürftige erreicht, die sonst nicht erreicht würden? „Ergänzt“ hier nicht schon die Freie Wohlfahrtspflege sehr weitgehend?

Fink: Ich sehe das nicht als Gegensätze. Im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband sind z. B. viele dieser kleineren Projekte organisiert. Aber um auf den Kern Ihrer Frage zu kommen, ich glaube, daß die Verschwendung von finanziellen Mitteln der Gemeinschaft heute im institutionellen Bereich, also insbesondere im ganzen Heimbereich, vom Seniorenheim bis zum Krankenhaus, der Milliarden verschlingt, sehr viel größer ist. Natürlich versickert auch bei den Selbsthilfeorganisationen manches, aber es handelt sich dabei um sehr viel geringere Beträge, und der Versickerungseffekt ist hier sehr viel geringer zu veranschlagen.

HK: Aber Sie können nur zusätzlich finanzieren, ohne in anderen Bereichen sozialer Leistungen dadurch etwas einzusparen. Ist es zunächst nicht einfach so, daß damit zusätzliche Probleme der öffentlichen Finanzierung zugeführt werden, die sonst im Umkreis öffentlicher Hände gar nicht auftauchen würden?

Fink: Es mag sein, daß eine ganze Reihe solcher Probleme zu Lasten der öffentlichen Hand gehen, die sonst gar nicht behandelt, aber damit auch mit Sicherheit unbewältigt liegenblieben. Insofern sind in der Tat keine Kostenersparnisse festzustellen. Im Gegenteil! Auf der anderen Seite gibt es aber bereits große Bereiche, wo nicht nur eine Verbesserung menschlichen Zusammenlebens erreicht wird, sondern auch eine Kostenersparnis festzustellen ist. So haben wir etwa in Berlin jetzt 1000 Krankenhausbetten abgebaut. Das bedeutet für den Staat und die Krankenversicherung eine jährliche Ersparnis von 100 Millionen DM. Von diesen ersparten 100 Millionen haben wir einen kleinen Teil – insgesamt 2,3 Millionen im vergangenen Jahr, 5 Millionen in diesem Jahr – für den

Aufbau von Sozialstationen verwendet. Damit kann besser geholfen und zugleich gespart werden.

HK: Aber dies betrifft ja nur eine Umschichtung innerhalb eines bestimmten Sektors des Gesundheitswesens. Oder sind Selbsthilfeprojekte aus der Alternativszene mit einbezogen?

Fink: Ja durchaus. Z. B. dadurch, daß in einem stillgelegten Krankenhaus in Wilmersdorf, in der Nähe des Kurfürstendamms, Krankenschwestern, die bisher beim Staat angestellt waren, sich zu einem Verein zusammenschlossen und eine Sozialstation gegründet haben. Sie werden von meinem Ressort gefördert. Sie sitzen nach wie vor in den alten Räumen, versorgen aber die Patienten zu Hause und nicht mehr im Krankenhaus.

„Mit Absicht einen unkonventionellen Weg gegangen“

HK: Die Zuwendungen, die pauschal über Ihr Ressort an Selbsthilfeorganisationen erfolgen, sind bei relativ unbürokratischem Verfahren an relativ präzise Vergabekriterien, auch solche mit pointiert gesellschaftspolitischer Zielsetzung, gebunden. Stehen manche von ihnen aber nicht einfach auf dem Papier, z. B. das Kriterium „Zusammenführung der Generationen“, der Begegnung zwischen Alt und Jung? Gerade die verschiedenen Selbsthilfeprojekte aus der Alternativen Szene sind doch ausgesprochen generationenbezogen, die meisten von ihnen verfolgen vor allem Interessen junger Menschen.

Fink: Bei dem Versuch, den wir jetzt gestartet haben, indem wir 7,5 Millionen an zusätzlichen Mitteln zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen bereitstellen, sind wir mit Absicht einen unkonventionellen Weg gegangen, weil wir so hoffen, die Mittel effizienter einsetzen zu können. Sonst müssen Hilfen für Einzelprojekte über das Abgeordnetenhaus oder das jeweilige Parlament beantragt werden. Das erfordert oft viel bürokratischen Aufwand und ist auch nicht immer sehr transparent. Wer einen Abgeordneten gut kennt, bekommt es und der andere bekommt es nicht. Das ist jetzt nicht der Fall, sondern jeder kennt die Kriterien. Wir haben einen Beirat gegründet, in dem beispielsweise neben dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Berlin, Herrn Galinski, auch der Schweizer Hans Pestalozzi sitzt, der Autor des Buches „Nach uns die Zukunft“. Dieser Beirat berät meine Senatsverwaltung bei der Vergabe der Mittel an Selbsthilfegruppen, informiert sich an Ort und Stelle. Wir sprechen mit den Gruppen und vergeben erst dann die Mittel, wobei Probleme, wie die Zusammenführung der Generationen, von Jung und Alt, tatsächlich die schwierigsten sind.

HK: Aber doch wohl zugleich die interessantesten, gerade wenn das ganze auch ein wenig unter dem Gesichtspunkt der Erprobung neuer Lebensformen gesehen wird. Meist ist das ja noch, gerade in den Subkulturen, eine Angelegenheit nur der Jungen oder gewisser Sondergruppen der mittleren Generation ...

Fink: Üblicherweise sind es junge Menschen, die in diesen Projekten arbeiten. Aber es engagieren sich auch sehr viel ältere Menschen in diesen Bereichen. Wenn Sie sich etwa die Bewegung der „Grauen Panther“ anschauen, dann sehen Sie, daß der Bereich der Selbsthilfe mittlerweile eben von der jungen in die mittlere und ältere Generation hinüberschwappt.

HK: Sie ziehen die Grenze zwischen alternativen und traditionellen Selbsthilfegruppen nicht sehr scharf. Ist das berechtigt, insofern als die Alternative Szene Fortschritte macht vom Protest und der partikularen Interessenvertretung hin zu praktischer sozialer Selbsthilfe?

Fink: Die Grenzen werden in der Tat immer fließender. Ich möchte in dem Zusammenhang aber ein Wort anfügen, damit kein Mißverständnis aufkommt. Man muß sehr genau unterscheiden zwischen der politischen Bewegung „Alternative Liste Grüne“ und der Alternativen Bewegung. Es wäre ein Riesenirrtum zu meinen, die Alternative Liste in Berlin wäre der Sprecher der Alternativen Bewegung. Genausowenig ist das Programm der Grünen ein „Grünes Programm“, sondern ist in sehr vielen Bereichen sehr rot gesprenkelt. Und so ist es andersherum mit den Selbsthilfeprojekten in der Alternativen Szene. Viele ihrer Träger, Initiatoren und Mitarbeiter sind entweder überhaupt apolitisch oder geben ihre Stimme irgendwo im Parteienspektrum ab. Man muß also in bezug auf das, was innerhalb der Alternativen Bewegung geschieht, sehr stark differenzieren.

HK: Wenn auch alle an die „Staatsknete“ ranwollen, so trifft wohl doch auf die Szene als ganze zu, daß die dort gedeihenden Initiativen größtenteils mehr politisch-ideologisch als unmittelbar sozial motiviert sind ...

Fink: Das ist nur zum Teil richtig. Nach meiner Meinung hat sich z. B. etwa bei dem Saarbrückener Parteitag der Grünen gezeigt, daß eine klare und eindeutige ökologisch ausgerichtete Mehrheit in der Grünen Bewegung vorhanden war. Sie ist aber durch die Erpressungsmanöver der eher nach rot hin changierenden Grünen umgedreht worden. Das gelang mit Hilfe des Arguments, man müsse eben an Wahlkampfgelder rankommen. Auf diese Art kann eine kleine Minderheit eine Mehrheit gängeln und in eine bestimmte Richtung pressen. So ist es mit dem Großteil der politischen Bewegungen der Alternativen Szene, nur daß die Leute, die in der Alternativen Szene selbst drin sind, natürlich nicht so erpreßt werden können. Aber oft kommt dadurch das ganze Spektrum der Aktivitäten der Alternativen Szene in Verruf. Es ist vor allem wichtig, daß wir hier keine Schwarzweißbilder malen.

HK: Das mag für Berlin gelten, aber nicht für andere Großstädte in gleicher Weise ...

Fink: Vielleicht gilt es nicht überall in gleichem Umfang; aber sicher ist – und das gilt für andere Städte genauso –, daß die Alternativen keine „stromlinienförmige“ Bewegung sind.

„Es gibt wichtige Anstöße, die es zu bedenken gilt“

HK: Sie konzentrieren als Sozialpolitiker ihre Aufmerksamkeit – was naheliegt – vorwiegend auf Projekte sozialer Art. Aber es gibt in der Alternativen Szene auch eine recht bunte Menge alternativer wirtschaftlicher Unternehmungen. Billigen Sie auch diesen einen – wenigstens begrenzten – Modellcharakter zu?

Fink: Ich glaube schon, daß sowohl die Produkte, die sie erzeugen, als auch die Art und Weise, wie sie produzieren, wichtige Anstöße für unser wirtschaftliches Leben geben können. Bezüglich der Produkte: Ich sehe auch als Gesundheitspolitiker mit großem Interesse, daß die Menschen im Bundesgebiet, in Berlin, in der westlichen Welt insgesamt in verstärktem Maße wieder sehr viel gesundheitsbewußter leben und versuchen, gesundheitsbewußter einzukaufen, bis hin zu der Frage, ob man biologisch reine Produkte erzeugen soll. Hilfreiche Anstöße sehe ich auch in der Art und Weise, wie produziert wird. Ich glaube, daß wir in großen Bereichen unserer Wirtschaft ohne Not, eben weil es an der notwendigen Alternativphantasie gefehlt hat, zu große Einheiten geschaffen haben, wo es sehr wohl möglich gewesen wäre, in kleineren, überschaubaren Einheiten viel menschengerechter zu produzieren, ohne die Produktivität dadurch zu vermindern.

HK: Aber ist sich diesbezüglich die Alternative Bewegung nicht selbst im Wege, solange große Teile von ihr gleichsam zu einem vorindustriellen Zustand utopischen Zustückschnitts zurückkehren wollen? Denn weder läßt sich die Aufhebung der Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz im großen Stil durchführen noch kommen wir hinter das industrielle System der Arbeitsteilung zurück.

Fink: Es gibt bei uns keine Alternative zur arbeitsteiligen Industriegesellschaft, aber es gibt sehr viele mögliche Varianten *innerhalb* der arbeitsteiligen Industriegesellschaft. Dazu aber gibt es, meine ich, insbesondere aus der Alternativen Szene eine Reihe wichtiger Anstöße, die es zu bedenken gilt. Interessanterweise haben sich sehr viel dieser wirtschaftlichen Projekte ja auch selbst durchgesetzt, ohne daß es irgendeiner staatlichen Hilfe dazu bedurfte. Deswegen muß man zwischen den wirtschaftlichen und den sozialen Projekten auch deutlich unterscheiden. Ein wirtschaftliches Projekt im Bereich der Alternativen Szenarie braucht im Kern außer einer gewissen Starthilfe – möglichst über Kredite – keine Hilfe, wenn es Produkte erzeugt, die die Menschen wirklich wollen. Dafür sind die Leute auch bereit, einen entsprechenden Preis zu zahlen, während ein solcher auf dem sozialen oder auf dem gesundheitlichen Sektor nicht zu erzielen ist. Deswegen muß der Staat hier sehr viel mehr tun als im Wirtschaftsbereich.

HK: Sie stellen zwar fest, Wirtschaftsprojekte bräuchten in der Regel nur Starthilfen, aber, so heißt es, nur etwa zu 40 Prozent würden sich diese selbst tragen. Alles andere komme aus Spenden und Subventionen. Entsteht da nicht

eine neue Subventionswirtschaft? Die bafögfinanzierte Töpferwerkstatt oder der subventionierte Bioladen können wohl doch kein Modell sein ...

Fink: Diese 40 Prozent stammen aus der vorhin genannten Studie der Freien Universität Berlin. Sie beziehen sich auf den Durchschnitt sämtlicher Projekte, also nicht nur auf den wirtschaftlichen, sondern auch auf den sozialen und gesundheitlichen Sektor bis hin zu Bürgerinitiative-Unternehmungen. Tatsache ist, daß die wirtschaftlichen Projekte sich überwiegend selbst unterhalten. Während die sozialen Projekte zum Teil eine noch sehr viel weitergehende Unterdeckung als die genannten 40 Prozent aufweisen, lehnen beispielsweise die Leute, die im Rahmen der Ufa-Fabrik arbeiten, es ausdrücklich ab, Staatsgelder zu beziehen. Mit ihren Produktionszweigen bzw. -stätten, einem kleinen Theater, einer eigenen Fahrradreparaturwerkstatt, einem Bioladen, erzielen sie hinreichend Einnahmen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, weil sie ihre Bedürfnisse nicht unendlich weiterschrauben, sondern versuchen, sie im Griff zu behalten.

HK: Aber sind da nicht so viele Dinge mit im Spiel, die es eigentlich verbieten, kurzschlüssig von solchen Einzelprojekten auf Alternativen innerhalb der oder gar zur Wirtschaftsordnung zu schließen. Die Strecke, die dazwischen liegt, ist doch wohl erheblich lang ...

Fink: Eine Alternative zu unserer Wirtschaftsordnung oder gar zu unserer Gesellschaft können solche Ansätze natürlich nicht bieten, das ist klar, aber sie bieten hochinteressante Möglichkeiten innerhalb unserer Gesellschaft. Und hier meine ich allerdings, sind wir dringend auf solche Modelle angewiesen. Im Unterschied zur Studentenbewegung der sechziger Jahre wird hier auch nicht mehr länger versucht, mit Großtheorien von oben herabzusteigen, sondern konkret zu zeigen bzw. zu versuchen, wie man es besser machen kann, und wenn sich Versuche bewährt haben, diese dann zu vernetzen. Das ist durchaus etwas, was unserer tiefen eigenen Überzeugung nach richtig und notwendig ist.

HK: Richtig und notwendig vielleicht. Aber kommen diese, wenn man soziale Selbsthilfegruppen der Alternativen Szene und Wirtschaftsunternehmen in einem Rahmen sieht, über einen, wenn man so will, Binnenmarkt der Bedürfnisse einer Subkultur überhaupt hinaus?

Fink: Doch. Sie brauchen sich nur einmal das kulturelle Angebot anzusehen. Dort können Sie feststellen, daß ein großer Teil neuer kultureller Anstöße insbesondere in Berlin, aber von Berlin ausgehend auch anderswo aus diesem Bereich stammt. Wenn Sie sich die Kulturinformationen der Zeitungen in Berlin anschauen, dann stellen Sie fest, daß es neben den offiziellen Angeboten etwa in der Philharmonie ein zweites großes kulturelles Angebot gibt, das im wesentlichen aus „der Szene“ kommt. Das beweist, daß es sich dabei nicht einfach um eine Modeerscheinung handelt, sondern um Angebote von Dauer. – Oder der psycho-soziale Bereich: ohne Alternative Projekte kommen wir heute an eine wachsende Zahl psychischer Er-

krankungen gar nicht mehr heran. Es handelt sich also zum Teil um sehr ernsthafte und sehr wichtige Anliegen, die allerdings, und das muß man manchen jungen Menschen in der Alternativen Bewegung sagen, nicht in der Lage sind, etwa in toto eine Alternative zu unserem heutigen System abzugeben.

„Ich möchte mich mit dem vorhandenen Zustand auf jeden Fall nicht abfinden“

HK: Sie haben gleich eingangs vom Subsidiaritätsprinzip gesprochen und Sie sehen in der Förderung von Selbsthilfeorganisationen einen Weg zu seiner Verwirklichung. Müßte aber nicht gerade im Blick auf das Subsidiaritätsprinzip der Begriff der Selbsthilfe etwas genauer unter die Lupe genommen werden? Selbsthilfe heißt ja zunächst, daß ich mir selbst helfe oder mir innerhalb des Lebenskreises, in dem ich mich bewege, geholfen wird. Geschieht insofern durch die Selbsthilfeorganisationen, die Sie im Blick haben, nicht eher das umgekehrte? Wird nicht durch solche Organisationen erst manches zum gesellschaftlichen Problem gemacht, was sich im Persönlichen und Mitmenschlichen lösen ließe?

Fink: Was macht ein alter Mensch, der allein in seiner Wohnung ist, wo kein Mensch sich um ihn kümmert? Was macht beispielsweise eine Frau, die von ihrem Mann geschlagen wird? Wo sucht sie Zuflucht? Was macht ein Elternpaar, das den Verdacht hat, daß sein Kind Drogen nehmen könnte? Wo holt es sich Hilfe? Was macht ein alleinstehender Mann, der krebskrank ist und weiß, er hat nur noch zwei Jahre zu leben? Gerade angesichts typisch moderner Vereinsamungsphänomene müssen neue Formen von Hilfe aktiviert werden. Hier können Selbsthilfeorganisationen, weil sie näher an den einzelnen herankommen als öffentlich oder gar staatlich organisierte Wohlfahrtspflege, sehr gute Dienste leisten.

HK: Sicher sind da Bereiche, wo neue Formen von Hilfe und mitmenschlicher Zuwendung nötig sind. Sind aber unsere familialen und nachbarschaftlichen Lebensverhältnisse nicht auch in traditionellem Sinne noch so vernetzt, daß gegenseitige Hilfe geleistet wird oder jedenfalls ohne viel Organisation geleistet werden könnte? Ich meine der Single, der in einem Einzimmerappartement mit Bad und Kochnische wohnt und kaum soziale Beziehungen pflegen kann, ist wohl doch noch nicht der Prototyp des Bewohners dieses Planeten.

Fink: In Berlin sind 50 Prozent aller Haushalte Ein-Personenhaushalte ...

HK: Ist Berlin, abgesehen davon, daß auch Singles sozialer Beziehungen ohne Selbsthilfeorganisationen fähig sind, nicht ein Sonderfall? Nicht zuletzt bedingt durch die dort abweichende Altersstruktur der Bevölkerung (Überalterung und Zunahme an jungen Leuten, die sozialen Bindungen ihrer Herkunft entfliehen und in der zunächst so verlockend scheinenden totalen Anonymität einer Weltstadttinsel ihre Zuflucht suchen)?

Fink: Auch in den anderen Großstädten ist ein großer Anteil der Haushalte Ein-Personenhaushalte. Ich schätze, daß etwa 40 Prozent der Haushalte in einer deutschen Durchschnittsgroßstadt Ein-Personenhaushalte sind. Und ich möchte mich mit dieser Entwicklung nicht einfach abfinden.

HK: Gibt es aber auch da noch die Möglichkeit anderer Strategien: Stärkung der Familie, der Nachbarschaftshilfe? Gibt es *dazu*, von gezielten oder auch spontanen Einzelinitiativen abgesehen, wirklich Alternativen auf Dauer? Die naturhaften Sozialzusammenhänge, vor allem soweit sie sich auf Primärgruppen beziehen oder solche darstellen, haben doch wohl noch nicht ausgespielt ...

Fink: Ich möchte mich auf jeden Fall mit dem vorhandenen Zustand nicht abfinden. Folglich unterstützen und fördern wir in Berlin außerordentlich stark die Familie, indem wir beispielsweise seit Januar dieses Jahres als erstes Bundesland ein Familiengeld eingeführt haben. Der lang diskutierte Gedanke eines Erziehungsgeldes ist zum erstenmal in Berlin verwirklicht worden. Wir müssen aber auch feststellen, daß wir nicht alle Probleme über die Familie werden lösen können, weil es die Familie nicht überall gibt und weil sie dort, wo es sie gibt, in ihrer Sozialisationsfunktion vielfältig geschwächt ist. Deswegen müssen wir eben auch den Versuch machen, möglichst auf nachbarschaftlicher Basis kleine Netzwerke zu bilden und dürfen den einzelnen Menschen, der sich aufgrund seiner Lebensumstände nicht helfen kann, nicht einfach den großen Institutionen und Pflegeheimen überlassen.

HK: Ist es aber nicht vielfach so, daß solche Selbsthilfegruppen, an die sich Leute wenden, die sich anderweitig nicht helfen können, ihrerseits neue Zwänge setzen? Gruppen schaffen mit ihren Ritualen und Gesinnungen auch Gruppenzwänge. Unter Umständen ist dem einzelnen dann auch wieder nur unter Preisgabe von sehr vielem geholfen.

Fink: In den Bereichen, mit denen wir uns vorrangig beschäftigen, also mit der Hilfe für chronisch Kranke, für Menschen, die versuchen, sich von einer bestimmten Sucht, der sie verfallen sind, zu befreien, für Menschen, die an unheilbaren Krankheiten leiden, für Menschen, die psychisch erkrankt sind, für körperlich oder geistig behinderte Menschen, ist, meine ich, die Gefahr, die sie eben aufgezeigt haben, gering.

„Wir werden alle Phantasie aufwenden müssen, um Defizite abzubauen“

HK: Die Frage scheint uns dennoch wichtig zu sein, zumal weil sie abgewandelt auch in anderen Zusammenhängen gestellt werden könnte. Wer sagt mir denn, daß ich als Alleinstehender in ambulanter Behandlung und/oder durch eine Kranken- oder Sozialstation wirklich „freier“ bin? Die stationäre Behandlung ist ökonomisch aufwendiger (muß sie es sein?) und macht abhängiger vom Großbe-

trieb eines Krankenhauses oder eines Heimes, aber der Kranke oder pflegebedürftige Heimbewohner wird auf diese Weise medizinisch besser und menschlich möglicherweise nicht schlechter versorgt ...

Fink: Sie haben das entscheidende Stichwort genannt. In einer stationären Einrichtung bin ich abhängiger, das ist das Problem ...

HK: Wird aber durch Sozialstationen oder durch die Versorgung auf dem Wege von Selbsthilfeorganisationen das Problem nicht nur verschoben, von einer Form der Abhängigkeit auf eine andere?

Fink: Es gibt nur wenige Situationen, wo ich so abhängig bin, wie wenn ich mich einer Heimordnung zu unterwerfen habe.

HK: Ist hier aber – trotz aller Fruchtbarkeit alternativer, „basis“-bezogener Organisation von Sozialhilfe – unter dem Gesichtspunkt einer möglichst humanen Gestaltung der Hilfe die Variante letztlich nicht wichtiger als die Alternative? D. h. müssen nicht Krankenhäuser und Heime selbst noch mehr auf die Bedürfnisse des einzelnen hin gestaltet werden?

Fink: Das eine schließt das andere nicht aus. Wir werden gerade angesichts der knappen Kassen in beiden Richtungen alle verfügbare Phantasie aufwenden müssen, um die von allen beklagten humanen Defizite abzubauen.

HK: Nochmals zurück zum Subsidiaritätsprinzip, wenn Sie erlauben: Dieses hat in der Formulierung von „Quadragesimo anno“ zwei Teile. Es heißt dort in Nr. 79 sinngemäß: Wie man nicht der Gesellschaft überantworten soll, was der einzelne leisten kann, so soll man auch nicht der größeren Gemeinschaft übertragen, was die kleinere leisten kann. Sozialpolitiker, so hat man den Eindruck, denken vorwiegend von der Gesellschaft her und übersehen leicht den ersten Teil und damit die eigentliche Sinnspitze des Subsidiaritätsprinzips, die Stärkung des einzelnen. Wäre es nach wie vor nicht eine vorrangige sozialpädagogische und auch sozialpolitische Aufgabe, dem einzelnen etwas mehr Selbsthilfevermögen zuzutrauen? Auch Selbsthilfeorganisationen können den einzelnen unmündig machen.

Fink: Ich könnte es mir leicht machen und sagen, diese Befürchtung wird in dem Maße geringer, in dem wir unter fortwährender Finanznot zu leiden haben. Da die finanziellen Schwierigkeiten immer größer werden, gibt es schon aus diesem Grund hinreichend Bestrebungen, in diesem Bereich weniger zu tun als bisher. Die Frage ist halt nur, was tut man sinnvollerweise? Und sinnvollerweise, meine ich, muß man dafür sorgen, daß das Subsidiaritätsprinzip nicht in dem Sinne mißverstanden wird, daß man erst dann verstärkt etwas tun dürfe, wenn der einzelne erwiesenermaßen nicht zurechtkommt und das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, denn dann ist es, bis Hilfe kommt, möglicherweise schon ertrunken ...

HK: Gibt es da aber nicht auch so etwas wie ein funda-

mentaldemokratisches Mißverständnis nach dem Motto, wenn die Betroffenen nicht wollen, dann geht es eben nicht?

Fink: Ja, solche Verweigerungsstrategien gibt es auch ...

„Humanere Sozialräume müssen das Ziel sein“

HK: Ist also nicht doch gegen beides, gegen Verweigerungsstrategien wie gegen ein Ausufern der Vergesellschaftung persönlicher und zwischenmenschlicher Probleme eine konsequente Familienpolitik die wirksamste Hilfe? Z. B. die Stärkung der Familie als Lebensraum durch eine modifizierte, gelockerte, langfristige Wiederzusammenführung der Drei-Generationen-Familie, wie sie z. B. Ihr Kollege im Bund, Heiner Geißler, nachdrücklich vertritt?

Fink: Sie haben völlig recht mit dem fundamentaldemokratischen Mißverständnis. Dieses gibt es in Teilen der Alternativen Bewegung durchaus, jedenfalls dort, wo das Gemeinwohl, dem der Staat verpflichtet ist, verwechselt wird mit nach dem Ausschließlichkeitsprinzip vertretenen Gruppeninteressen. Wir grenzen uns davon ebenso scharf ab, wie von dem kollektivistischen Ansatz, der dem einzelnen nicht genügend Raum läßt. Weder die Stützung von Gruppenegoismen noch die Kollektivierung aller Lebensfragen kann unsere Aufgabe sein. Diese Ansätze des 19. Jahrhunderts sind überholt. Es gilt einen neuen Ansatz zu finden durch Stärkung überschaubarer Einheiten. Die Stärkung der Familie ist dabei ein wichtiger Punkt. Aber auch das gesamte Umfeld muß bedacht werden. Humane Sozialräume müssen das Ziel sein. Hier haben wir viele Berührungspunkte mit der Alternativen Bewegung, soweit sie im Selbsthilfebereich tätig ist.

HK: Haben, so gesehen, wenn man vielleicht den Gesundheitsbereich einmal ausklammert, Selbsthilfeorganisationen nicht eher eine *komplementäre* denn eine *subsidiäre* Funktion? Sie bewegen sich ja vielfach in Sozialisationsvakuen, die durch die stärkere Individualisierung der Lebensformen und vor allem durch die Veränderung der Familienstruktur entstanden sind?

Fink: Sie können eine komplementäre Funktion ausfüllen, wenn sie sich Notständen annehmen, die durch Wandlungen in den Primärgruppen entstanden sind. Ihre Tätigkeit ist zugleich subsidiär, insofern Selbsthilfeorganisationen kleinere, überschaubare Einheiten darstellen, die näher am Mann bzw. am Notfall sein können als Großorganisationen und deswegen unkomplizierter und vor allem unbürokratischer helfen können. Darin erschöpfen sie sich aber nicht. Sie können auch auf verschiedene Weise ein Modell für neue Lebensstile werden, auch wenn diese erst in Ansätzen erkennbar werden und wir noch wenig Erfahrung damit haben.

HK: Stellt sich nicht zunehmend auch die Frage nach dem Verhältnis der neuen Formen von Selbsthilfeorganisatio-

nen zu den Großverbänden der freien Wohlfahrtspflege? Entsteht letzteren darin eine neue Konkurrenz – auch bei der Mittelvergabe?

Fink: Natürlich sind Konkurrenzen nie auszuschließen. Aber die Lebensverhältnisse haben sich vielfältig geändert. Nicht bei jedem liegt im Falle einer Notsituation der Gang etwa zu einem kirchlichen Wohlfahrtsverband gleich nahe. Ich sehe deshalb in ihnen auch diesbezüglich eher eine hilfreiche Ergänzung. In diesem Sinne waren wir von Anfang an bestrebt, daß auch die freien Wohlfahrtsverbände in Kontakt zu den Selbsthilfeinitiativen, zu den Selbsthilfegruppen aus der Alternativen Szene tre-

ten. Und diese Zusammenarbeit hat sich nach anfänglichen Berührungängsten gut angelassen. Auch freie Wohlfahrtsverbände wissen das freiwillige Engagement und den persönlichen Einsatz von Leuten aus der Alternativen Szene zu schätzen. Ein neuer Wille zur ehrenamtlichen Tätigkeit ist ja einer der interessantesten Aspekte der Szene, soweit diese sich in Selbsthilfeorganisationen darstellt.

HK: Haben Sie den Eindruck, daß die Berührungängste diesbezüglich auf katholischer Seite größer waren als beispielsweise auf der evangelischen?

Fink: In Berlin konnte ich solches nicht feststellen.

Der Friede ist möglich

Ein gemeinsamer Hirtenbrief der Bischöfe der DDR

Der gemeinsame Friedenshirtenbrief der Bischöfe der DDR vom 1. Januar 1983 hat vor allem wegen der sehr klaren Stellungnahme zum Wehrkundeunterricht Aufsehen erregt. Er ist ein realistisches wie mutiges Zeugnis einer Kirchenführung, die es viel schwerer hat als westliche Episkopate, über Grundfragen des gesellschaftlichen Lebens offen zu sprechen. Da wir im letzten Heft den Text aus Platzgründen nicht im Wortlaut wiedergeben konnten, holen wir ihn hier nach.

Der jährlich wiederkehrende Weltgebetstag um den Frieden ist uns Anlaß, in einem gemeinsamen Hirtenwort über bedrängende Fragen der Erhaltung und Sicherung des Friedens in der heutigen Zeit zu Euch zu sprechen. Es bedarf keiner ausführlichen Darlegung, daß die Sorge um das hohe Gut des Friedens heute die Völker wie auch jeden einzelnen Menschen zutiefst bewegt. Mit der zunehmenden Angst vor einem möglichen Krieg, der angesichts der modernen Waffen in seiner Furchtbarkeit nicht schrecklich genug gedacht werden kann, breitet sich nahezu überall in der Welt der Wille zu einem aktiven Friedensdienst aus. Das ist ein Hoffnungszeichen, das nicht übersehen werden kann. Und es ist auch nicht zu übersehen, daß das Friedensengagement gerade durch den christlichen Glauben einen starken Impuls erhält. Das Evangelium Jesu Christi ist seinem tiefsten Wesen nach eine Botschaft des Friedens, wenn auch der Friede, den Christus uns schenken kann, umfassender ist als der politische Friede, um den die Welt heute bangt. Unser Wort möchte dazu beitragen, Euch in den aktuellen Auseinandersetzungen über den rechten Friedensdienst den Standpunkt der katholischen Kirche zu verdeutlichen: Vor allem aber möchten wir Euch mit unserem Hirtenwort ermutigen, unbeirrt an der Überzeugung festzuhalten, daß Frieden möglich und der Einsatz für ihn sinnvoll ist.

Gegen jede Form von Resignation

Worin ist diese Zuversicht begründet? Wenn Christen über den Frieden sprechen, dann verweisen sie darauf,

daß der Friede letztlich eine Gabe Gottes in Jesus Christus ist. Dieser Hinweis darf nicht als fromme Floskel abgetan werden. Das Wissen um den umfassenden Frieden als Heilsgabe Gottes bewirkt etwas Zweifaches: Es weist die falsche Hoffnung zurück, daß ein ewiges Friedensreich schon auf Erden zu verwirklichen sei, zugleich aber gibt es unserem Friedensengagement Festigkeit und Durchhaltkraft. Als Christen wissen wir, daß der Friede, von dem in den Friedensdiskussionen unserer Tage die Rede ist, nur ein Ausschnitt dessen ist, was in der Bibel als „Friede“ (Schalom) bezeichnet wird. Dieser Friede meint die umfassende Versöhnung und Einheit der Menschen mit Gott, die uns durch Jesu Ostersieg ein für allemal geschenkt wurde und die an uns in der neuen Schöpfung am Ende der Tage sichtbar werden soll. Solange die Welt trotz des österlichen Sieges Jesu sich der Macht der Sünde unterwirft, wird auch das Reich des ewigen Friedens ein Zukunftsgut bleiben. Doch dürfen wir hoffen, daß Gott uns trotz unserer Sünde Zeiten des Friedens gewährt. Aus biblischer Sicht besteht der Beitrag des Menschen zu solchem Frieden darin, sich der eigenen Sünde bewußt zu werden und sich durch den Glauben an Jesus Christus Tilgung der Schuld schenken zu lassen; denn der Friede mit Gott ist die Voraussetzung für den Frieden unter den Menschen. Der Friede zwischen den Staaten und Machtblöcken ist also für den Christen nicht das höchste Gut. Noch entscheidender ist für ihn der Friede mit Gott. Wer in der Friedensfrage seine Augen vor der Realität der Sünde verschließt, wird anfällig für utopische Träume. Diese Aussagen werden manche nicht gern hören, aber sie geben unserer Überzeugung nach jedem Bemühen um Frieden erst ein solides Fundament.

Doch ist uns andererseits durch unseren Glauben jede Form von Resignation oder gar Angst verwehrt. Jesus Christus gibt uns die Gewißheit, daß das wahre Leben nicht nur ein Wunschtraum, sondern schon Wirklichkeit ist. Darum ist die Verkündigung der Kirche von Zuversicht getragen, auch wenn uns äußere Widerstände und manche Erfahrungen der Hilflosigkeit bedrängen. Gottes